

Marktwirtschaft.

Zeichnung: Heiko Sakurai



02 Zeit zur Umkehr oder weiter so?
Editorial von Bernd Raffelhüschen

03 Altersvorsorge nach Corona
Quo vadis?

Wird aus der Sozialen Marktwirtschaft eine
Staatwirtschaft?
9. Kadener Gespräch

04 Generationenbilanz und europäisches
Nachhaltigkeitsranking
Steigende Schulden und zweifelhafte Reformen

06 Kronberger Kreis: „Die Herausforderungen
jetzt annehmen!“
Was die neue Bundesregierung tun sollte

08 Jahrestreffen der Stiftung Marktwirtschaft
Katharina Dröge MdB und Johannes Vogel MdB
zu Gast in Kronberg

10 Wohnangebot und -eigentum
Zwischen Regulierung und Klimaschutz

11 Armut und Ungleichheit in Deutschland
Empörungsdebatten führen in die Irre

12 Einstimmigkeit oder qualifizierte Mehrheit?
Beschlussfassung und Entscheidungsfindung
in der EU

EU-Taxonomie
Nachhaltigkeit oder grüner Schein?

Zeit zur Umkehr oder weiter so?

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Foto: Ronny Barthel.

Welches Resultat auch immer am Ende der Verhandlungen zur Bildung der Ampel-Koalition herauskommt – eines scheint sicher: Der wirklich große Wurf wird es wohl nicht sein, zumal einige Fehler der Großen Koalition in den Jahren 2013 bis 2021 kaum reparabel sind.

Stichwort Demografie: Acht Jahre wurden immer wieder Wahlgeschenke an die alternde Bevölkerung verteilt und grundlegende Prinzipien unseres Sozialstaats gebrochen. Mit der Grundrente wurde das Gleichbehandlungsgebot der Grundsicherung außer Kraft gesetzt und arme Rentner besergestellt als alle anderen Armen. Dem für die Rentenversicherung fundamentalen Äquivalenzprinzip entspricht weder die Grundrente noch die abschlagsfreie Rente mit 63 – beides Fehler der Großen Koalition. Und die Mütterrente als versicherungsfremde Leistung partiell aus Beiträgen, statt aus Steuern zu finanzieren, ist mit dem Versicherungsprinzip kaum zu vereinbaren. Auch bei der Pflegeversicherung wurden massiv Prinzipien gebrochen, indem sie sich von der Teilkasko- in Richtung einer Vollkaskoversicherung entwickelt und als ausgeweitetes Erbschaftsbewahrungsprogramm für die deutsche Mittelschicht dient. Insgesamt wurde – statt weniger Umlage und mehr echter Kapitaldeckung – durch die erzwungene Anlage in Staatsobligationen eine Stärkung der „verbrieften Umlage“ betrieben. Ob die Ampel-Koalition die Kraft aufbringt, auf diesem Weg eine Kehrtwende einzuleiten, bleibt fraglich.

Stichwort Digitalisierung: Acht Jahre wurde von Digitalisierung, Glasfaser, 5G und künstlicher Intelligenz geredet. Am Ende musste die Corona-Pandemie den längst überfälligen Schub auslösen, der zugleich die eklatanten Defizite offenbarte, die unsere Schulen, Universitäten und öffentlichen Verwaltungen jahrelang vor sich hergeschoben haben. Inzwischen gehören in vielen Gesundheitsämtern immerhin die Faxgeräte der Vergangenheit an. Schulen haben ebenfalls aufgerüstet und viele Lehrer – aber längst nicht alle – konnten ihre Schüler im letzten Lockdown online erreichen. Selbst die Universitäten

lernten noch so manches dazu und waren über weite Strecken in der Lage, die schlimmsten Auswüchse des fehlenden studentischen Alltags auszugleichen. Und das Resultat: Wir sind digitaler, beherrschen die Standardsoftware und können aus den eigenen vier Wänden heraus mittels Handy, Laptop und Webcam Erstaunliches zu Stande bringen. Sicher, wir sind weitergekommen und können inzwischen anwenden, was Microsoft, Google, Amazon etc. für uns entwickeln. Meilenweit entfernt sind wir jedoch davon, Teil des Motors der digitalen Entwicklung zu sein. Hierzu bedarf es nicht nur wesentlich konsequenterer staatlicher Digitalisierungsbemühungen, wir müssen uns auch über den Stellenwert der MINT-Fächer in den Gymnasien, über Förderung von Hochbegabten und die Ersetzung der zweiten Fremdsprache durch das Erlernen von Programmiersprachen unterhalten.

Stichwort Dekarbonisierung: Acht Jahre wurden Errungenschaften der Energiewende von den Verantwortlichen gefeiert und von der „Fridays-for-Future“ Bewegung als völlig unzureichend kritisiert. Tatsächlich hätten die Schüler gut daran getan, das riesige Subventionsprogramm zur Förderung erneuerbarer Energien freitags im Unterricht zu diskutieren, statt die Schule zu schwänzen. Natürlich sind die CO₂ Emissionen weltweit zu hoch und müssen wir das Problem der Erderwärmung in den Griff bekommen. Hysterie und Panik helfen hier allerdings nicht weiter und Deutschlands Beitrag zur weltweiten Emission ist schlicht unbedeutend. Es geht um Kosteneffizienz – die Einsparung einer Tonne CO₂ kostet in den klassischen Industrieländern das Zehnfache dessen, was die Einsparung derselben Menge bspw. in China oder Indien kostet. Es führt kein Weg am weltweiten Handel mit CO₂-Zertifikaten vorbei und hier muss die industrialisierte Welt bereit sein, Zahlungen zu leisten. Die Alternative wäre eine ineffiziente Verwendung von Ressourcen zur Vermeidung von Emissionen im eigenen Land. Und natürlich brauchen wir weniger Glaubenssätze, sondern bessere Ergebnisse – und dazu Technologieoffenheit. Summa summarum in den Worten von Max Weber: Gesinnungs- statt Verantwortungsethik hat das Handeln in den obigen Kernbereichen während der letzten zwei Legislaturperioden geleitet. Zeit zur Umkehr.

IMPRESSUM

Dr. Ann Zimmermann (V.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de
ISSN: 1612-9725

Altersvorsorge nach Corona

Quo vadis?

Die Unzulänglichkeiten der Alterssicherungssysteme in Deutschland und insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung, in ausreichendem Maße auf den demografischen Wandel zu reagieren, sind seit Jahrzehnten bekannt. Der coronabedingte Wirtschaftseinbruch beschleunigt letztlich nur die (Finanzierungs-)Probleme, die bei Fortführung des Status quo ohnehin unabwendbar sind, und erhöht den Reformdruck auf die Politik. Eine auskömmliche Altersvorsorge für jeden im Sinne einer Lebensstandardsicherung wird es nur dann geben, wenn es gelingt, die kapitalgedeckte betriebliche und private Altersvorsorge zu stärken. Nur unter dieser Voraussetzung hat die gesetzliche Rente eine Chance, als leistungs- und generationengerechte Basisabsicherung dauerhaft weiterzubestehen.

Die Fortsetzung der seit einiger Zeit von der Politik verfolgten Strategie, die Alterssicherung der Menschen ausschließlich über die gesetzliche Rentenversicherung und dort über Sonderauszahlungen, denen keine Einzahlungen gegenüberstehen, „armutsfest“ zu machen, wäre demgegenüber ein sozialpolitischer Irrweg und der Anfang vom Ende einer verlässlichen und leistungsgerechten Rente. Es gibt bessere Alternativen, die Altersvorsorgesysteme in Deutschland zukunftsfähig zu machen. Wichtig ist, nicht alles auf eine Karte – die gesetzliche Rente – zu setzen, sondern die Herausforderung auf mehrere Systeme zu verteilen. Risikostreuung bewährt sich nicht nur bei der Kapitalanlage, sondern sollte auch als Leitlinie für die Altersvorsorge und die zur Verfügung stehenden Teilsysteme gelten.



Altersvorsorge nach Corona – Quo vadis?

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 156

Bernd Raffelhüschen

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612-7072



Die Studie (Argument 156) finden Sie auf unserer Webseite unter „Publikationen“

Wird aus der Sozialen Marktwirtschaft eine Staatswirtschaft?

9. Kadener Gespräch



Im Jahr der Bundestagswahl ging es bei unserem 9. Kadener Gespräch in der Nähe von Hamburg unter der Gastgeberschaft von Dr. Lutz Peters um die künftige Rolle des Staates sowie um das Austarieren einer guten Wirtschaftspolitik, damit Deutschland und Europa gestärkt aus der Corona-Krise hervorgehen können.

Die Vorstellung vom Staat als Retter, sozialem Helfer und besserem Unternehmer hat durch die Corona-Pandemie in Teilen der Bevölkerung weiteren Auftrieb erhalten, obwohl vielfach gerade in der Pandemie ein „Staatsversagen“ konstatiert wird. Parteien und Programme, die mehr staatliche Lenkung, Souveränität und Solidarität einfordern, stehen vielerorts hoch im Kurs. Hinter der Marktwirtschaft stehende Prinzipien wie Eigenverantwortung, Subsidiarität, Privateigentum, freie und flexible Preise oder Leistungsgerechtigkeit sowie Freiheit als Ziel der Sozialen Marktwirtschaft haben hingegen einen schweren Stand.

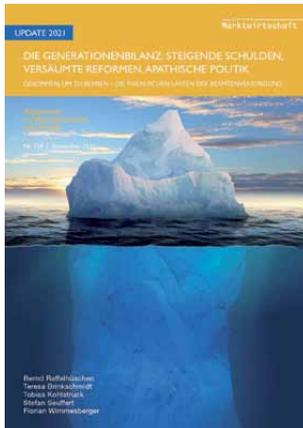
Wo vor diesem Hintergrund die Grenzen des Staates liegen und wie Deutschland und Europa im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe und Technologien unseren Wohlstand nicht nur verwalten, sondern auch vermehren können, haben wir im Sommer 2021 diskutiert mit Prof. Dr. Gabriel Felbermayr (damals Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel), Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof (Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts a.D.), Friedrich Merz (damals Vizepräsident des Wirtschaftsrats der CDU), Dr. Ulf Poschardt (Chefredakteur, Sprecher der Geschäftsführung, WELT | WELT AM SONNTAG), Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (Institut für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Freiburg, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft) und Prof. Dr. Jens Südekum (Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE)). Die Veranstaltung wurde moderiert von ZEIT-Herausgeber Josef Joffe Ph.D.



Den Tagungsbericht finden Sie auf unserer Webseite unter „Veranstaltungen“

Generationenbilanz und EU-Nachhaltigkeitsranking

Steigende Schulden und zweifelhafte Reformen in Deutschland und Europa



Die Generationenbilanz: Steigende Schulden, versäumte Reformen, apathische Politik

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik 158

Bernd Raffelhüschen
Teresa Brinkschmidt
Tobias Kohlstruck
Stefan Seuffert
Florian Wimmesberger

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072

Die Corona-Pandemie hat die deutschen Staatsschulden nicht nur kurzfristig in die Höhe getrieben, sondern verschlechtert die fiskalischen Perspektiven auch langfristig. Das zeigt das Update 2021 der deutschen Generationenbilanz der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Demnach beläuft sich die fiskalische Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Staatsschulden auf 439,2 Prozent des BIP – das sind 94,2 Prozentpunkte mehr als noch im Jahr zuvor. In absoluten Zahlen beträgt der Gesamtschuldenstand aller staatlichen Ebenen inklusive der Sozialversicherungen damit ca. 14,7 Billionen Euro. Hinter den impliziten Schulden verbergen sich die durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau

nicht gedeckten staatlichen Leistungsversprechen für die Zukunft, nicht zuletzt diejenigen der Sozialversicherungen und Beamtenversorgung. Da die impliziten, d.h. heute noch nicht direkt sichtbaren, Staatsschulden stärker als die expliziten gestiegen sind und nun bei 369,5 Prozent des BIP liegen, weist der deutsche Staat heute nicht einmal mehr ein Sechstel der Nachhaltigkeitslücke offen aus.

Vor diesem Hintergrund waren die ökonomischen Zukunftspläne, mit denen die Parteien in den Wahlkampf für die Bundestagswahl gezogen sind, allesamt enttäuschend, da fast durchgehend keine adäquaten Antworten auf die demografisch bedingten finanziellen Herausforderungen der sozialen Sicherungssysteme zu finden waren. Vielmehr würden viele der sozialpolitischen Vorschläge zu einer noch stärkeren Belastung junger und zukünftiger Generationen führen. Beispielsweise würde eine dauerhafte Haltelinie für das Rentenniveau den Beitragssatz zur Rentenversicherung auf über 25 Prozent ansteigen lassen. Anstatt im Wahlkampf für zukunftsorientierte Reformen zum Wohle aller Generationen zu werben, wirkte die Politik in ihrer Fokussierung auf die Mehrheit der älteren Wähler einmal mehr geradezu apathisch.

Das im Dezember vorgestellte diesjährige EU-Nachhaltigkeitsranking zeigt, dass die meisten anderen europäischen Staaten ebenfalls hohe alterungsbedingte implizite Schulden aufweisen. Projiziert man die Veränderung der altersabhängigen Ausgaben in die Zukunft, ist es möglich, eine umfassende Analyse der Nachhaltigkeit der

	Kontrafaktisches Szenario 2021**	Sommer-Update 2020	Update 2021 (Status quo)	
Explizite Staatsschuld	208,6	345,0	439,2	Kontrafaktisches Szenario 2021: Notwendige Einnahmen-Erhöhung um 9,4% oder Ausgaben-Senkung um 7,9%
Implizite Staatsschuld	58,0	59,8	69,7	
	150,6	285,2	369,5	Sommer-Update 2020: Notwendige Einnahmen-Erhöhung um 15,8% oder Ausgaben-Senkung um 12,7%
	7,4 Billionen Euro	11,9 Billionen Euro	14,7 Billionen Euro	Status quo: Notwendige Einnahmen-Erhöhung um 19,2% oder Ausgaben-Senkung um 15,0%

Nur die Spitze des Eisbergs ist sichtbar – erneut starker coronabedingter Anstieg der Nachhaltigkeitslücke

in Prozent des jeweiligen BIP*

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge.

* Referenz-BIP für Update 2021 (BIP 2020) = 3,336 Billionen Euro; Update 2020 (BIP 2019) = 3,435 Billionen; kontrafaktisches Szenario 2021 (hypothetisches BIP 2020) = 3,537 Billionen Euro.

** Das kontrafaktische Szenario beschreibt eine hypothetische Situation ohne die Corona-Pandemie.

		Explizite Schulden	+ Implizite Schulden	= Nachhaltigkeitslücke* 2021(Gesamtschulden)	Zuwachs der expliziten Schulden 2020
1	Griechenland	181	-355	-175	25
2	Estland	8	-85	-77	10
3	Kroatien	73	-121	-48	16
4	Portugal	117	-98	19	17
5	Dänemark	33	-4	29	9
6	Lettland	37	-6	31	7
7	Bulgarien	20	28	49	5
8	Litauen	36	20	56	11
9	Zypern	94	-5	89	24
10	Schweden	35	83	118	5
11	Italien	135	11	145	21
12	Deutschland	60	105	164	10
13	Spanien	96	102	198	25
14	Frankreich	98	113	210	18
15	Finnland	60	186	246	10
16	Österreich	71	182	252	13
17	Niederlande	49	225	274	6
18	Polen	46	245	291	12
19	Malta	42	285	327	12
20	Irland	57	299	356	2
21	Belgien	98	274	372	16
22	Tschechien	30	347	377	8
23	Ungarn	66	320	385	15
24	Slowenien	66	436	502	15
25	Luxemburg	22	495	517	3
26	Rumänien	35	653	688	12
27	Slowakei	48	674	722	12
Ø	EU	79	112	192	13

Das EU-Nachhaltigkeits-ranking 2021 – die impliziten Schulden erhöhen in vielen Ländern den fiskalischen Konsolidierungsbedarf

in Prozent des jeweiligen BIP, Basisjahr 2019

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge.

* Abweichungen zwischen der Höhe der Nachhaltigkeitslücke und der Summe aus expliziten und impliziten Schulden sind auf Rundungsdifferenzen zurückzuführen.



Die Publikationen und weitere Informationen zum Thema finden Sie unter www.ehrbarer-staat.de

öffentlichen Finanzen der europäischen Staaten vorzunehmen. Datengrundlage des europäischen Gesamtschuldenvergleichs sind einerseits der Alterungsbericht 2021 und andererseits die wirtschaftlichen Frühjahrs- und Sommerprognosen der Europäischen Kommission.

Dabei wird deutlich, dass einige Mitgliedstaaten ihre altersabhängigen Ausgaben besser im Griff zu haben scheinen als andere, was u.a. auf unterschiedliche Reformansätze und Reformstadien im Bereich der Rentenversicherung zurückzuführen ist. So haben beispielsweise Spanien und Italien – anders als Deutschland – Maßnahmen beschlossen, die langfristig zu einer deutlichen Absenkung des Rentenniveaus führen sollen, etwa indem die anfänglichen Rentenzahlungen an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt werden. Einige Länder wie beispielsweise Italien koppeln darüber hinaus auch das Renteneintrittsalter langfristig an die Lebenserwartung. Beides kann die altersbedingten Ausgaben zukünftig stark verringern – allerdings nur dann, wenn die Reformen auch tatsächlich dauerhaft umgesetzt werden. Aus diesem Grund wird die diesjährige Analyse um ein „realistisches Ranking“ ergänzt, das aufzeigt, was passiert,

wenn Rentenreformen wieder zurückgenommen werden. Europaweit sollte ein großes Interesse daran bestehen, dass die Mitgliedstaaten die wachsenden altersabhängigen Belastungen ihrer öffentlichen Haushalte nachhaltig in den Griff bekommen. Ansonsten droht schlimmstenfalls eine weitere Vergemeinschaftung der Schulden auf europäischer Ebene.



Ehrbare Staaten? Update 2021 – Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Europa

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik 160

Bernd Raffelhüschen
Karen Rudolph
Sebastian Will

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072

Kronberger Kreis: „Die Herausforderungen jetzt annehmen!“

Was die neue Bundesregierung tun sollte



Die Herausforderungen jetzt annehmen!

**Demografischer Wandel,
Klimaschutz, Digitalisierung**

Kronberger Kreis-Studie Nr. 68

Lars P. Feld
Clemens Fuest
Justus Haucap
Heike Schweitzer
Volker Wieland
Berthold U. Wigger

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISBN: 3-89015-130-2

Am 26. September 2021 wurde der 20. Bundestag gewählt. Auf die neue Bundesregierung kommen große Aufgaben zu. Sie muss die Transformation der deutschen Wirtschaft, die im Zuge von Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischem Wandel ansteht, mit den richtigen Rahmenbedingungen begleiten und dabei die knappen Finanzmittel unter Einhaltung der Schuldenbremse möglichst zielgenau und effizient einsetzen. Keines dieser Themen ist neu. Bislang wurde ihnen aber – vor allem im Vertrauen darauf, dass viel öffentliches Geld viel hilft – mit mangelnder Konsequenz und Konsistenz begegnet.

Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, hat in verschiedenen Publikationen und Veranstaltungen konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, um diesen drängenden Herausforderungen mit einer verantwortungsvollen, zukunftsgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik adäquat zu begegnen.



Aufgrund des demografischen Wandels muss die Finanzierung der heutigen Renten-, Pflege- und Gesundheitspolitik auf langfristig tragbare und generationengerechte Füße gestellt werden. Kurzfristig ist dazu die Wiedereinsetzung des Nachholfaktors in der Rentenformel notwendig und langfristig die Erhöhung der Lebensarbeitszeit durch eine Kopplung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Entwicklung der ferneren Lebenserwartung. Im Gesundheits- und Pflegesektor sollten die Potenziale von Automatisierung und Digitalisierung stärker genutzt werden, um eine bessere Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Der Bundeshaushalt muss besser gegen finanzielle Ansprüche der Sozialversicherungen abgesichert werden, was institutionell durch das Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit abgesichert werden könnte. Um zusätzliche Lasten generationengerecht zu verteilen, ist das Steuer-Transfer-System insgesamt anzupassen, bspw. durch eine größere Gewichtung der Konsumsteuern innerhalb der staatlichen Einnahmen.



In der Klimapolitik sollte die Bepreisung von CO₂ das Leitinstrument werden, sozialpolitisch flankiert durch die Abschaffung der EEG-Umlage und die Senkung der Stromsteuer auf das in der EU vorgegebene Minimum. Der Europäische Emissionshandel ist um weitere Sektoren und Staaten auszuweiten und global zu verzahnen, wie etwa durch Gründung eines sogenannten Klima-Clubs. Ein CO₂-Grenzausgleich kann internationale Koordination nicht ersetzen. Zusätzlich müssen Innovationen eine stärkere



Die Aufzeichnung der Webinare und weitere Informationen finden Sie auf unserer Veranstaltungsseite

Jahrestreffen der Stiftung Marktwirtschaft 2021

Katharina Dröge MdB und Johannes Vogel MdB zu Gast in Kronberg



Foto: Jens Braune del Angel.

Prof. Dr. Theo Siegert, Vorsitzender des Stiftungsrats der Stiftung Marktwirtschaft, begrüßt die Gäste.

In seiner Begrüßung der Gäste des Jahrestreffens Anfang September 2021 machte der Vorsitzende des Stiftungsrats, Prof. Dr. Theo Siegert, deutlich, dass aufgrund der durch Corona aufgeworfenen Probleme und des anstehenden Regierungswechsels die Arbeit der Stiftung Marktwirtschaft wohl noch nie so wichtig gewesen sei wie heute. Umso mehr danke er den Teilnehmern für ihr Interesse, ihre Unterstützung und ihren Rat, welche es der Stiftung ermöglichen, sich mit ihrer „fröhlichen Penetranz“ und immer treu ihrer Maxime – ökonomisch vernünftig, politisch glaubwürdig und wissenschaftlich begründet – für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft einzusetzen. Besonders freue er sich darüber hinaus, die beiden Abiturienten Pia Futterer und Jannik Knaupp begrüßen zu können, die den von der Stiftung Marktwirtschaft an der Ludwig-Erhard-Schule in Sigmaringen ausgelobten Preis für die beste Abiturleistung im Profulfach Volks- und Betriebswirtschaftslehre in diesem Jahr erhalten haben.



Foto: privat.

Die Abiturienten Jannik Knaupp und Pia Futterer.

Die erste Gastrednerin Katharina Dröge MdB, parlamentarische Geschäftsführerin und wirtschaftspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, betonte, dass es darum gehe, in welcher Welt diese Abiturienten und die nachfolgenden Generationen im Jahr 2050 leben werden. Die nächsten Jahre seien entscheidend, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Als Volkswirtin sei sie davon überzeugt, dass Politik dem Markt hier einen Rahmen vorgeben müsse, der zur Internalisierung externer Effekte führt, also das Verursacherprinzip stärker in den Vordergrund rückt.

Der CO₂-Preis und das europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) seien sehr effiziente Instrumente, allerdings könnten sie nur dann genügend Anreize zur Emissionsreduktion setzen, wenn der CO₂-Preis eine ausreichende Höhe hätte. Man könne nicht darauf warten, bis der CO₂-Preis von allein so weit steige, dass er die erforderlichen Umstellungen marktwirtschaftlich induziere. Darum schlugen die Grünen „Carbon Contracts for Differences“ als ergänzendes Instrument vor. Dabei handele es sich um ein Versicherungsinstrument, das der Staat den Unternehmen anböte. Solange der CO₂-Preis nicht ausreichend hoch sei, um klimaneutrale Produktion wettbewerbsfähig zu machen, zahle der Staat die Differenzkosten aus. Ab dem Moment, in dem der CO₂-Preis hoch genug sei, endeten die staatlichen Zahlungen und sobald er höher sei, zahle das Unternehmen diese Subventionen zurück.



Foto: Jens Braune del Angel.

Gastrednerin Katharina Dröge MdB.

Wichtig sei laut Dröge zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Es sei nicht egal, ob in Deutschland oder woanders produziert werde. Um eine Abwanderung von Unternehmen und eine Verlagerung von Emissionen in Drittstaaten zu verhindern, plädierte sie dafür, einen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus an den europäischen Außengrenzen zu schaffen und einen Klimaklub zu gründen.

Zudem schlug Dröge vor, verstärkt das Planungsrecht als Instrument einzusetzen, um mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien voranzukommen, bspw. indem verbindlich zwei Prozent der Landfläche für den Ausbau der

erneuerbaren Energien reserviert würden. Daran schloss sich ihr letzter Punkt, die Planungsbeschleunigung, an. Wenn die Menschen schon Steuern zahlten, müssten sie sich auf eine funktionierende Verwaltung verlassen können. Das sei der Job, den die nächste Regierung machen müsse.



Foto: Jens Braune del Angel.

Gastredner Johannes Vogel MdB.

Der zweite Gastredner des Abends, Johannes Vogel MdB, stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP und Sprecher für Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik der FDP-Bundestagsfraktion, kritisierte, dass das Thema des demografischen Wandels im Wahlkampf viel zu wenig diskutiert worden sei. Mit dem Beginn des Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge im

Jahr 2025 kämen die großen Herausforderungen hier erst noch auf Deutschland zu. Die Große Koalition habe die Stabilisierung des Renten- und Alterungssicherungssystems durch die Agenda 2010 rückabgewickelt. Zudem bedeuteten die eingeführten „Haltelinien“ Zusatzausgaben in der Gesetzlichen Rentenversicherung von 69 Milliarden Euro im Jahr 2030 und 80 Milliarden Euro im Jahr 2035. Es gäbe – wenn man in klassischen Kategorien denke – nur drei Möglichkeiten, darauf zu reagieren: (1) der Rentenbeitragssatz steige noch stärker, (2) das Renteneintrittsalter werde auf 70 Jahre angehoben oder (3) der Steuerzuschuss in die Rentenversicherung werde immer weiter erhöht. Im Wahlkampf hätten sich alle Parteien um diese Fragen gedrückt. Nur die FDP habe mit der Einführung einer gesetzlichen Aktienrente einen konkreten Vorschlag gemacht, durch den in der gesetzlichen Rente ein zweites, kapitalgedecktes Standbein aufgebaut werden könnte.

Bezüglich der Dekarbonisierung zeigte sich Vogel als liberaler Marktwirtschaftler davon überzeugt, dass wir eine bessere Klimaordnungspolitik bräuchten und der sektorübergreifende Zertifikatehandel das beste Instrument sei, um die Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig müssten den Unternehmen weniger Steine in den Weg gelegt werden, sodass sie die Investitionen, die der Transformationsprozess erfordere, auch stemmen könnten. Der Großteil dieser Investitionen müsse schließlich aus der Privatwirtschaft erfolgen.

Im Hinblick auf die Digitalisierung sei eine Lehre aus der Corona-Pandemie, dass absehbare Versäumnisse einen früher oder später einholen würden. Obwohl lange klar gewesen sei, dass Deutschland bei der Digitalisierung hinterherhinke, wäre das Thema bisher nicht entschlossen angegangen worden. Hier forderte er einen anderen Geist im Hinblick auf die Chancen der Digitalisierung bezüglich eines modernen Staats, neuer Ideen, neuem Unternehmertum und neuer Gründungen.

Als weitere Lehre aus der Corona-Krise betonte er, dass es am Ende immer der Fortschritt sei, der uns Herausforderungen bewältigen lasse, wie derzeit die Entwicklung eines Impfstoffes zeige. Möglicherweise erlebten wir gerade Medizingeschichte, weil die erstmalige Nutzung der mRNA-Technologie vielleicht auch dem Kampf gegen Krebs Vorschub leisten werde. Wäre es nach der „extremen Rechten“ gegangen, hätte es die beiden wichtigsten Deutschen des Jahrzehnts, Özlem Türeci und Ugur Sahin, als Kinder türkischer Einwanderer hier gar nicht geben sollen. Auch nach „den Linken“ hätte es unter anderen Umständen als der Corona-Pandemie wohl kein größeres Feindbild geben können: ein Unternehmerpaar, das in wenigen Jahren durch die Gründung eines inzwischen börsennotierten Unternehmens zu Milliardären geworden sei und mit einem amerikanischen Pharma-Multi kooperiere. Das aber habe uns den Impfstoff gebracht. Er sei der festen Überzeugung, dass auch zukünftig eine offene Gesellschaft, Marktwirtschaft und Unternehmertum die Zutaten für Innovation seien, welche wir dringend bräuchten, um die Megatrends Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischer Wandel zu bewältigen.



Foto: Jens Braune del Angel.

Prof. Dr. Michael Eilfort, Franz-Peter Falke, Prof. Volker Wieland, Ph.D., Prof. Dr. Theo Siegert, Katharina Dröge MdB, Johannes Vogel MdB und Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (v.li.).

Die Wohnungsfrage aus marktwirtschaftlicher Sicht

Wohnangebot und -eigentum zwischen Regulierung und Klimaschutz

Im September 2021 stimmte die Mehrheit der Berliner Wahlberechtigten für den Volksentscheid hinsichtlich der Vergesellschaftung von Wohnungen großer Immobilienkonzerne. Die Tatsache, dass ein derartiges Enteignungsansinnen nicht nur besteht, sondern auf breite Resonanz stößt und zum Teil sogar bei der Politik Anklang findet, ist ein erschreckendes Signal für den Standort Deutschland. Die Eigentumsgarantie ist ein zentrales Freiheitsrecht, das Unternehmertum, Vermögensaufbau, Eigenverantwortung und die Soziale Marktwirtschaft erst möglich macht und dem Einzelnen Freiraum und Selbstständigkeit gegenüber dem Staat gewährt. Wird dieses Recht unnötig beschnitten, herabgewürdigt oder leichtfertig beschränkt, höhlt das unsere Rechts-, Wirtschafts- und Freiheitsordnung aus. Dementsprechend sind weitergehende Eingriffe in das bereits stark regulierte Wohneigentum verfassungsrechtlich höchst problematisch.

Ohnehin stellen Enteignung und Eingriffe in die Preisbildung keine geeigneten Maßnahmen zur Bekämpfung unerwünschter Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt dar. Sie schützen in der Regel vorrangig Bestandsmieter, die durch das bestehende Mietrecht und die Kündigungsschutzvorschriften bereits jetzt einen guten Schutz erfahren, verschlechtern aber die Chancen für Wohnungssuchende auf einem zementierten sowie unflexiblen Wohnungsmarkt und be- oder verhindern Investitionen in den Wohnungsbestand und -bau. Zudem hebeln Eingriffe in das Eigentum und die Preisfindung die effizienzschaffende Wirkung freier Preise aus, die im Idealfall Knappheiten signalisieren und dadurch Anreize setzen, diese zu beseitigen. Wo Wohnraum knapp ist, wird Wohnraum teuer. Die steigende Nachfrage führt zu steigenden Preisen und darauffolgend zu einem größeren Angebot oder die Nutzung der vorhandenen Wohnfläche verdichtet sich.

Unsere Studie zeigt, wie heterogen die Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt tatsächlich ist und beleuchtet die Faktoren, die sich auf die Preisbildung auswirken. Zudem werden Zulässigkeit und Sinnhaftigkeit von Eingriffen in die Preisbildung bzw. das Eigentumsrecht bis hin zur Enteignung untersucht. Vor diesem Hintergrund werden Lösungsansätze aufgezeigt, die zu einer langfristigen Entspannung auf dem Wohnimmobilienmarkt beitragen könnten.

Eine Ausweitung des Angebots verschafft in allen Bereichen Entlastung auf dem Wohnungsmarkt und berücksichtigt auch die Interessen der Wohnungssuchenden. Um Investitionen in Wohnungsbau attraktiver zu machen, ist die



Wohnangebot und -eigentum zwischen Regulierung und Klimaschutz

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 157

Barbara Bültmann-Hinz

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612-7072

Bereitstellung von Flächen, die Vereinfachung des Baurechts und die Verkürzung der Genehmigungsverfahren genauso wichtig wie Rechts- und Investitionssicherheit. Zudem würde eine Aufwertung des Umlands durch eine entsprechende Verbesserung, Verlagerung oder Schaffung von Infrastruktur zu einer Entlastung der Kernstädte führen.

Denjenigen, die sich auf dem Wohnungsmarkt schwertun, ist mit einer gezielten individuellen Förderung wie dem Wohngeld mehr geholfen als mit allgemeinen Beschränkungen wie einem Mietendeckel, von dem die leistungsstarken Teile der Bevölkerung mindestens genauso profitieren wie die leistungsschwachen.

Der Klimaschutz wird als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit zusätzliche Belastungen beim Wohnen mit sich bringen. Zur Erreichung von Klimaschutzziele wäre es am effizientesten, wenn der Gebäudesektor in den allgemeinen Emissionzertifikatehandel eingebettet und auf sektorspezifische Ziele verzichtet würde. In diesem Kontext kann auch staatliche Förderung angezeigt sein.

Die Förderung von Wohneigentum schützt langfristig vor Mieterhöhungen, dient der eigenverantwortlichen Altersvorsorge und der Sicherung des Vermögens vor Inflation. Die Prinzipien von Eigenverantwortung und der Schutz des Eigentums sollten daher auch in diesem Bereich wieder an Bedeutung gewinnen.



Die Studie (Argument 157) finden Sie auf unserer Webseite unter „Publikationen“

Armut und Ungleichheit in Deutschland

Empörungsdebatten führen in die Irre

Immer wieder wird die wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion in Deutschland durch einseitig anmutende Verteilungsdebatten geprägt. Teilweise zugespitzte Narrative von wachsender Ungleichheit und einer immer weiter umschlingenden Armut werden vorgebracht, um eine sozialpolitische Strategie zu begründen, bei der der Staat im Stile eines Reparaturbetriebes mit höheren Steuern und deutlich großzügigeren Sozialtransfers „Verteilungsgerechtigkeit“ herstellen soll. Dass Deutschland im Einklang mit den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bereits über einen gut ausgebauten Sozialstaat verfügt und – auch im internationalen Vergleich – durch eine hohe Umverteilungsintensität charakterisiert ist, wird dabei nur allzu gern ausgeblendet. Gleiches gilt für die unerwünschten Nebenwirkungen auf Wachstum und Wohlstand, die langfristig zu erwarten wären, wenn der marktwirtschaftliche Kern unserer Wirtschaftsordnung immer weiter geschwächt würde, weil die ihn tragenden Pfeiler wie Eigenverantwortung, Wettbewerbsorientierung und Leistungsanreize verloren gingen.

Doch sind die angeführten Narrative in ihrer Zuspitzung überhaupt eine adäquate Beschreibung der Realität in Deutschland? Nimmt die Armut hierzulande tatsächlich stetig zu und geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander? Diesen Fragen geht die Stiftung Marktwirtschaft in einer aktuellen Studie nach. Ausgehend von einer Darstellung potentieller Fallstricke und Missverständnisse bei der Definition und der Messung von Armut und Ungleichheit, wird der Versuch unternommen, ein objektives Bild der Situation in Deutschland zu skizzieren. Auch wenn keineswegs alles zum Besten steht, so ist die Lage sehr viel besser als es manche Schlagzeile der letzten Jahre vermuten ließe. Während vor allem für die Jahre nach der Wiedervereinigung bis etwa 2005 ein Anstieg der durch den Gini-Koeffizienten gemessenen Ungleichheit zu beobachten war, hat sich die Entwicklung seitdem im Zuge der guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung stabilisiert und weist keine größeren Veränderungen auf. Gleiches gilt für die Armutsrisikoquote. Auch im internationalen Vergleich zeigen die relativen Armutsindikatoren für Deutschland ein eher unauffälliges bis positives Bild. Absolute Armutsmaße wie die „materielle Deprivation“, die einen Indikator für materielle Entbehrungen darstellt, deuten nicht nur auf eine deutliche Verbesserung der Lebensumstände im letzten Jahrzehnt hin, sondern lassen Deutschland auch im internationalen Vergleich gut abschneiden. Ebenfalls erfreulich ist die Tatsache, dass die Zahl der regelleistungsberechtigten Personen in der Grundsicherung für

Arbeitssuchende zwischen 2006 und 2019 um gut 1,8 Millionen auf 5,3 Millionen Personen gesunken ist.

Inwieweit sich die Corona-Pandemie auf Armut und Ungleichheit auswirkt, kann derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden und wird nicht zuletzt vom weiteren Verlauf der Pandemie sowie ihren mittel- und langfristigen Folgen für Konjunktur und Wachstum abhängen. Erste Ergebnisse deuten allerdings darauf hin, dass trotz des deutlichen Wirtschaftseinbruchs die Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen nahezu unverändert bleibt. Das bestätigt die Wirksamkeit des deutschen Sozialstaates, der einen wichtigen Beitrag zur Einkommensstabilisierung leistet.

Um Armut und Armutsgefährdung in Deutschland grundsätzlich vorzubeugen, gibt es zwei zentrale Ansatzpunkte: Zum einen zeigt sich immer wieder, dass das beste Mittel gegen Armut ein gut funktionierender Arbeitsmarkt und ein hoher Beschäftigungsgrad ist – Erwerbslose haben die mit Abstand höchste Armutsrisikoquote. Zum anderen gilt es, möglichst vielen Menschen die notwendigen Fähigkeiten für ein erfolgreiches Erwerbsleben mit auf den Weg zu geben. Diesbezüglich kommt dem Bildungssystem eine entscheidende Rolle zu. An diesen beiden Stellen Verbesserungen zu erzielen wäre allemal lohnender, als in einem ohnehin gut ausgebauten Sozialstaat einer noch stärkeren Umverteilung das Wort zu reden. Die beste Sozialpolitik ist die, die Armut erst gar nicht entstehen lässt.



Armut und Ungleichheit in Deutschland – Empörungsdebatten führen in die Irre

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik 161

Guido Raddatz

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072



Die Studie (Argument 161) finden Sie in Kürze auf unserer Webseite unter „Publikationen“

Einstimmigkeit oder qualifizierte Mehrheit?

Beschlussfassung und Entscheidungsfindung in der EU

In der EU kommt im Spannungsfeld zwischen möglichst bürgernahen Politikentscheidungen und einer unerlässlichen Koordinierung sowie Konsensfindung den Abstimmungs- und Entscheidungsfindungsprozessen eine zentrale Bedeutung zu. Aktuell gibt es Überlegungen, in einigen Teilbereichen, in denen die Mitgliedstaaten heute Entscheidungen vornehmlich einstimmig treffen – jedes EU-Mitglied also ein Vetorecht hat – verstärkt auf das Prinzip qualifizierter Mehrheiten zu setzen. Bei genauerer Betrachtung spricht jedoch insbesondere in der Sozial-, Steuer- und Klimapolitik vieles dafür, dem Grundsatz „Einheit in Vielfalt“ weiterhin Rechnung zu tragen und nicht vor schnell das Einstimmigkeitsprinzip aufzuweichen.

Das Erfordernis einer einstimmigen Beschlussfassung kann eine Konsensfindung zwar erschweren, schließt sie jedoch keineswegs aus. Gute Politik muss inhaltlich überzeugen. Angesichts der Akzeptanzprobleme europarechtlicher Regelungen in vielen Mitgliedstaaten (Stichwort „Brexit“) erscheint die Einführung von Regelungen entgegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung einzelner Mitgliedstaaten auch im Sinne des Integrationsgedankens wenig hilfreich. Zielführender und akzeptanzfördernder wäre es daher, in der EU den kritischen Staaten mit guten Argumenten und Kompromissen zu begegnen. Anstatt das Einstimmigkeitsprinzip bei wichtigen EU-Entscheidungen abzuschaffen, sollten Möglichkeiten in den Blick genommen werden, die seine „Schwerfälligkeit“ bei der Entscheidungsfindung abmildern können: beispielsweise eine zeitliche Befristung neuer Regelungen („sunset legislation“), qualifizierte Mehrheiten für die Aufhebung bestehender Regelungen oder eine abgestufte Integration über die Verstärkte Zusammenarbeit.



Einstimmigkeit oder qualifizierte Mehrheit?

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik 159

Barbara Bültmann-Hinz
Jörg König
Guido Raddatz

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072

EU-Taxonomie

Nachhaltigkeit oder grüner Schein?

Mit der Taxonomie entsteht in der EU ein umfangreiches Klassifikationssystem, das darüber entscheiden soll, wann eine wirtschaftliche Aktivität als nachhaltig anzusehen ist und wohin Kapitalströme fließen sollen. Auch wenn mit der Taxonomie gute Absichten verbunden sind, ist sie aus mehreren Gründen kritisch zu bewerten.



Jeder noch so akribisch geführte Kriterienkatalog kann mit der dynamischen und komplexen Entwicklung wirtschaftlicher Prozesse nicht Schritt halten und erfordert permanent Nejustierungen, die langfristig orientierten Investitionen entgegenstehen. Die Anmaßung von Wissen, die gesamte Wirtschaft in „gut“ und „schlecht“ einteilen zu können, führt unweigerlich zu Fehlallokationen und zu Stigmatisierungen ganzer Wirtschaftsbereiche, die dem geforderten Transformationsprozess eher schaden. Die Taxonomie führt zudem zu erheblichen bürokratischen Belastungen für die Unternehmen.

Statt mehr Klimaschutz dirigistisch erzwingen zu wollen, sollte die EU den CO₂-Preis stärker in das Zentrum ihrer Klimapolitik stellen, indem sie das Europäische Emissionshandelssystem auf mehr Länder und Sektoren ausweitet und global verzahnt. Nur eine effiziente und international zur Nachahmung animierende EU-Klimapolitik kann einen wesentlichen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten. Mit einem Anteil von weniger als 10 Prozent an den weltweiten Treibhausgasemissionen sind europäische Alleingänge ohne globale Einbettung nur der bekannte Tropfen auf den heißen Stein. Darum sollte die EU besser technologieneutral in Forschung und Entwicklung investieren und ergebnisoffenen Rahmenbedingungen für Innovationen schaffen. So könnte das kreative Potenzial der Ungewissheit – die „unknown unknowns“ – in marktwirtschaftlichen Prozessen stärker genutzt und zur Entfaltung gebracht werden.



Das Argument 159 und die Kurzinformation finden Sie auf unserer Themenseite „Europa“